Luzern, Mittwoch, 12. Oktober 1898. N° 237 Verbreitetste Zeitung der Zentralschweiz.

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigeblatt für Stadt und Kanton Luzern und die übrige Zentralschweiz

Siebenundvierzigster Jahrgang

— Abonnementspreise: —

	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Durch die Post bestellt	Fr. 3. 40	Fr. 6. 40	Fr. 12. 80
Für Luzern zum Bringen	„ 3. —	„ 6. —	„ 12. —
„ „ „ Abholen	„ 2. 50	„ 5. —	„ 10. —

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

— Insertionspreise: —
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum:
Lokale Inserate 10 Cts., Wiederholungen ... ... 8 Cts.
Kanton Luzern, Urkantone, Zug u. angrenzender Teil des Aargau 12 „
Uebrige Schweiz und Ausland ... ... 15 „
Preis der Reklame-Zeile (Petit-Schrift): 50 Cts.

Redaktions-Büreau: Baselstraße Nr. 11 — Telephon — | Gratis-Beilagen: Jeden Freitag die belletristische Beilage „Wöchentliche Unterhaltungen“ Alle vierzehn Tage das „Haushaltungsblatt“, Gemeinnützige Blätter. | Gratis-Beilagen | Expeditions-Büreau: Baselstraße u. Kornmarkt. — Telephon —

Die heutige Nummer enthält 10 Seiten.

Inhalt des zweiten Blattes: Ein Gang durch Kriens.

Vor hundert Jahren.

12. Oktober.

Der Senat nimmt seinen Beschluß über die Eröffnung der Sitzungen durch Anrufung des höchsten Wesens zurück „aus sorglamer Achtung für das konstitutionelle Gesetz, welches die religiöse Ueberzeugung eines jeden unangetastet läßt, und aus Besorgnis des Mißbrauches religiöser Formen, die außer dem Gebiete des Gesetzgebers liegen“.

Die Gemeinden Zug, Aegeri und Baar beklagen sich bei den gesetzgebenden Räten darüber, daß die Verwaltungskammer des Kantons Waldstätten von ihnen, nachdem sie mit Menzingen das Staatsvermögen des ehemaligen Standes Zug an die Nation abgegeben, nun auch noch die besondern Gemeindegüter zu handen des Staates abfordere.

Die Sache wird der Staatsgut-Kommission überwiesen.

Leonz Sigrist in Ettiswil (Luzern) stellt bei den gesetzgebenden Räten die Anfrage, ob Bürger Sonnenberg in Luzern als Fideikommißherr von Kastelen nach Konstituierung der helvetischen Republik noch ein Tavernenrecht auf 30 Jahre habe verleihen können, „da doch damals schon Freiheit und Gleichheit erklärt worden waren“. Man schreitet zur Tagesordnung, da der Richter darüber nach den Gesetzen zu entscheiden habe.

Schallbretter (von Luzern), Pfarrer in Meinbietwil, verlangt Entschädigung für dasjenige, was er für seine Pfarrei dem Malteser-Orden habe bezahlen müssen. Ein Großrat beantragt Entsprechen; ein anderer will den Pfarrer, da er um seine Pfründe Handel trieb, an den Malteser-Orden verweisen, mit dem er gehandelt. Schließlich wird zur Tagesordnung geschritten.

Die „Endziele“ der deutschen Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Parteitage.

R. Wenn man den modernen Staat mit all einen sozialen Zuständen photographieren könnte, so würde für das unbewaffnete Auge das Bild von heute demjenigen von gestern und von morgen gleichen, und vergeblich würde man nach der Grenze der ineinander laufenden Bilder suchen. Es kommt das daher, daß der Webstuhl der Zeit keinen Augenblick still steht: rastlos webt an ihm die Menschheit seit Jahrtausenden den Teppich ihrer Geschichte, dessen Anfang wir nicht sehen und der kein Ende hat — und in dem Muster dieses Gewebes fließen die sich folgenden Kulturzustände in zarten Tönen wie die in ihr Spektrum zerlegten Strahlen der Sonne unmerklich in einander über, und mit dem Gegenwartsstaate zusammenfließend, wird so allmälig der Zukunftsstaat hineingewebt. Erst wenn man zeitlich weiter auseinanderliegende Bilder dieser unendlichen Reihe miteinander vergleicht, fällt einem der Unterschied auf, den wir dann das Maß des kulturellen Fortschrittes für die betreffende Periode entnehmen.

Zu dieser Lebensauffassung fängt auch die deutsche Sozialdemokratie an sich zu bekehren, und der Köhlerglaube, daß der Sozialismus in absehbarer, ja schon in naher Zeit das angeblich morsche Gebäude der heutigen gesellschaftlichen Zustände über den Haufen werfen und auf seinen Trümmern den paradiesischen Zukunftsstaat einrichten werde, wird mit jedem Tage mehr zum alten Eisen geworfen.

Das hat auch der neunte Parteitag wieder bewiesen, welchen die deutsche Sozialdemokratie im Laufe der vorigen Woche in Stuttgart abhielt. Man kann der Partei zu diesem Fortschritt, zu dieser geläuterten und höhern Auffassung der sozialen Entwicklung nur aufrichtig gratulieren.

Es geschah zunächst bei Besprechung des Themas „Agitation und Reichstagswahlen“, daß die Geister aufeinander platzten: auf der einen Seite die sozialrevolutionäre Gruppe, die heute noch auf den gewaltsamen Umsturz und auf den nebulosen Zukunftsstaat hofft und eingeschworen ist — auf der andern Seite die sozial-reformatorische Gruppe, die das Schwärmen für die revolutionäre Phrase aufgibt und sich dafür das Erreichbare zum Ziel setzt: die politische, soziale und wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes. Von den der scharfen Tonart der Intransigenten Huldigenden wurde Beschwerde darüber geführt, daß bei dem letzten Reichstagswahlkampf von einem Teil der Parteipresse und der „Genossen“ die Endziele der Sozialdemokratie verschleiert worden seien. Diese „Endziele“ (oder deutlicher ausgedrückt der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie) wurden nun zum vielumstrittenen Stichwort. Eigentlich standen sich bei dieser hitzigen Redeschlacht ein Dreibund und ein Zweibund gegenüber, von denen dann jeder noch seine minder heftig ins Zeug gehenden Freunde hatte.

Der radikale Dreibund, der sein Hauptquartier in der Ecke rechts von der mit rotem Tuch umhüllten Rednerbühne aufgeschlagen hatte, bestand aus dem Genossen „Parvus“ (Helphand), dem ehemaligen, jetzt aus Sachsen ausgewiesenen Redaktor der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, und den beiden „Genossinnen“: Frau Klara Zetkin und Frl. Dr. Rosa Luxemburg, die redaktionelle Nachfolgerin des „Parvus“ — ebenfalls sehr klein von Figur, weshalb sie sehr treffend als „Parva“ bezeichnet wurde. Da sie kaum über das Rednerpult hinausschaute, zog sie vor, von ihrem Platze aus zu sprechen und zwar in einem kühl abwägenden, akademischen Tone der Belehrung, während die temperamentvollere „Genossin“ Zetkin mit großer Lebhaftigkeit und Leidenschaft auftrat. Die beiden Damen wollen von einem Aufgeben der revolutionären Endziele und von einem Kompromiß mit irgend welcher andern Partei absolut nichts wissen, und mit vollendeter Manneskühnheit schloß die kleine Rosa Luxemburg ihre Rede mit den Worten: „Deshalb sage ich mit dem alten Cato: Et ceterum censeo Carthaginem esse delendam. Der kapitalistische Staat muß zerstört werden.“

Der „Zweibund“ bestand aus den beiden „Genossen“ Heine und Pfüs — der erstere ist Rechtsanwalt in Berlin, der letztere ein ehemaliger Theologiestudent und jetzt Redaktor in Dessau. Sie sind entschiedene Gegner der revolutionären Phrase und der ewigen Anpreisung der Endziele. „Die Massen würden uns natürlich ganz anders zuströmen“, meinte Heine gewiß sehr richtig, „wenn wir ihnen paradiesische Gesellschaftszustände versprechen wollten. Ob sie aber dann auch dauernd bei uns bleiben würden, ist eine andere Frage. Man darf den Massen nicht mehr versprechen, als man halten kann. Deshalb muß zunächst gesagt werden, daß die bestehenden Zustände gebessert werden müssen. . . Das Betonen der Tagesfragen, welche die Massen bedrücken, hält die Agitation frisch und wirkt niemals so langweilig, wie das zu häufige Betonen eines künftigen Gesellschaftszustandes u. s. w.“ Und der Ex-Theologe Pfüs, dem die Bewegung, das Wirken in der Gegenwart und das Erstreben einer bessern Gesamtlage der Arbeiter alles, die sogen. Endziele aber nichts sind, meinte dann noch, die Partei sei jetzt so groß und stark, daß sie gut daran tue, in den nächsten 10 Jahren mehr den Kampf auf zunächstliegende praktische Fragen zu beschränken. Pfüs mochte dabei wohl denken, daß nach einer zehnjährigen Gewöhnung man auch fernerhin sich nur mit praktischen und auf möglichste Besserung der Gesamtlage des Arbeiterstandes gerichteten Fragen beschäftigen werde, anstatt wieder in den alten Fehler zurückzufallen und den traumhaften Idealen der revolutionären Endziele und des Zukunftsstaates nachzujagen.

Interessant war nun die Aussprache der sozialdemokratischen Koryphäen über diesen prinzipiellen Differenzpunkt. Der niemals den Gentleman verleugnende Hr. v. Vollmar meinte, daß kein Gewaltstreich, sondern nur die innere Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung die Sozialdemokratie ihrem Ziele zuführen könne — es handle sich nicht darum, die Arbeiterklasse zu revolutionieren, sondern darum, sie kulturell zu heben. Und während er dann noch gegen den gereizten und nervösen Ton der beiden oben genannten Genossinnen sich wandte, fragte der ebenfalls schon zu den „Alten“ gehörige „Genosse“ Auer in drolliger Verzweiflung, was denn werden solle, wenn das angeblich unterdrückte (weibliche) Geschlecht, das schon jetzt eine so energische Sprache führe, erst einmal die volle Gleichberechtigung erlangt haben werde.

Bebel natürlich war anderer Meinung als Vollmar; ist er doch der Prophet des in aller Nähe zu erwartenden Kladderadatsches. Doch hatte er zunächst eine Erklärung Bernsteins abzugeben, die ihm dieser tüchtigste Theoretiker der deutschen Sozialdemokraten aus seinem englischen Exil zugesandt hatte, um sie vor das Forum der Versammlung zu bringen. Bernstein schreibt nun, wie er nicht daran glaube, daß die bürgerliche Gesellschaft schon vor ihrem nahen Zusammenbruch stehe, der überhaupt vielleicht nie eintreten werde. Die Mittelschichten der Bevölkerung änderten sich wohl, aber verschwänden nicht (wie man das von seiten der radikalen Sozialdemokraten behauptet). Sodann weist Bernstein darauf hin, daß die alte Betriebsweise fortbestehe, daß die demokratischen Einrichtungen zunehmen, der Arbeiterschutz sich ausdehne und also die Möglichkeit einer Katastrophe sich verringere, die man übrigens auch gar nicht brauche, um zur politischen Macht zu gelangen. Deshalb müsse man für alle Reformen eintreten, die das Niveau der Arbeiterkreise heben und die Demokratisierung ausbauen. In diesem Sinne sei die Bewegung alles, das „Endziel“ nichts. Nachdem Bebel dieses bedeutungsvolle Schriftstück verlesen hatte, gab er die Erklärung ab, daß er von Bernstein in vielen Punkten abweiche; so halte er z. B. bei den gegenwärtigen politischen Zuständen Deutschlands das Eintreten einer vielleicht sogar nahen Katastrophe recht wohl für möglich. Er beklage schon längst, daß die Endziele der Partei nicht genügend betont würden, und wolle man dieselben gar abschaffen, dann wäre die Partei überhaupt keine sozialistische mehr. In gleichem Sinne sprach sich Liebknecht aus, und müssen wir hier auch auf die Wiedergabe der vielen andern Stimmen verzichten, die sich noch pro und contra erhoben, so werden unsere Leser auch ohnedies die Ueberzeugung gewinnen, daß innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die gemäßigte Strömung an Kraft gewinnt, die das praktische Mitarbeiten an den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit in die erste Linie stellt, ob nun der das Mögliche anstrebende Arbeiter außerdem noch darüber hinausgehende Ideale hat oder nicht. Das ist gewiß im Interesse der Partei und der Gesamtheit nur zu begrüßen.

Schweiz.

— **Bundesbank.** Wie schwierig es ist, die verworfene Vorlage zu ersetzen, zeigt eine einschneidende Kritik des neuen Projekts in der „Schweiz. Handelsztg.“, die, von der Konzession an das Privatkapital nicht befriedigt, keinen guten Faden an der gemischten Bank läßt. Der Artikel schließt:

„Der neue Bankgesetzentwurf ist nicht ein Fortschritt, sondern das Gegenteil. Er entbehrt der Einheitlichkeit, der Aufrichtigkeit, des staatsmännischen Geistes. Und wofern die Sache nicht wiederum an das Volk gelangt, das unbeeinflußt und klaren Blickes Ja oder Nein zu sagen pflegt, so zweifeln wir, daß die sowohl juristisch, als banktechnisch relativ nur wenig Experten als Mitglieder zählenden eidgenössischen Räte den Entwurf, diese Republik mit dem Großherzoge an der Spitze, besonders verbessern werden. Diejenigen, die einst mit staatsmännischem Blicke die Reform des Art. 39 der Bundesverfassung durchgesetzt haben, werden sich nicht wenig wundern, zu welchem Wechselbalg nunmehr das Kind ihres Geistes und ihrer Mühen heranwachsen soll.“

Der „Ostschweiz“ dagegen scheint der Sitz in Zürich die Hauptsache zu sein. Sie schreibt:

„Die Sitzfrage ist noch nicht entschieden. Was bis jetzt geschaffen wurde, ist ein wirklich gutes Kompromißprojekt, und als erfreuliche Erscheinung bezeichnen wir auch, daß die „Zürcher Post“ ihm heute die Hand reicht. Das ist ein wirklich schöner Zug. Hüklein bleibt einzig noch die Sitzfrage. Aber auch sie ist eigentlich durch das neu aufgestellte Projekt schon markiert; denn eine technisch so glücklich als Geschäftsbank konstruierte Bank sollte mit dem Hauptsitze in das Zentrum des schweizerischen Handels, nach Zürich, kommen, und hoffentlich wird Bern sich mit diesem Gedanken versöhnen, da ihm eine Filiale allerersten Ranges doch gesichert bleibt. Die Lokalfrage sollte nicht zum Zwiste werden, nachdem man sich in der Expertenkommission in der Sache selber geeinigt hat.“

— **Waffenhalle des Landesmuseums.** In der „N. Zürch. Ztg.“ schließt eine Besprechung des Hodlerschen Entwurfes für die Fresken in der Waffenhalle mit folgenden Worten:

Die Bemalung der Waffenhalle im Landesmuseum ist zur Stunde durchaus kein Bedürfnis. Bezahle man darum den Künstler für seine Arbeit so gut, als es die Herren, welchen die eidgenössischen Gelder anvertraut sind, verantworten können, und überlasse man den Schmuck dieser Wandflächen einer Zeit, da unser Land Künstler besitzt, die zu einer würdigen Lösung dieser Aufgabe besser befähigt sind.

— **Doppelinitiative.** Zu derselben nahm am Bankett des freisinnig-demokratischen Parteitages in Bern der Präsident Hr. Nat.-Rat Hirter in folgendem Sinne Stellung:

Gegenüber den Beschlüssen des Luzerner Tages der äußersten Linken verhalten wir uns vorläufig abwartend. Die Proporzwahl des Nationalrates, namentlich in der vorgeschlagenen Form, wird unsere Partei wohl ablehnen; die Wahl des Bundesrates durch das Volk zählt dagegen auch in unsern Reihen viele Anhänger. Aber wir müssen uns fragen, ob diese Frage gerade jetzt eine dringliche ist. Auch wir Freisinnige behalten uns das Recht der Kritik gegenüber den Maßnahmen des Bundesrates vor; aber wir protestieren gegen die geringschätzige Beurteilung, welche unsere oberste Landesbehörde an jenem Luzerner Tage gefunden hat (Beifall). Wir wissen, daß auch der Bundesrat nicht unfehlbar ist; aber wir kennen auch sein ehrliches Bestreben, die Wohlfahrt und die Ehre unseres Landes zu wahren, und die Werke der Volkswohlfahrt, die in den letzten Jahren vollendet oder begonnen worden sind, sind die beste Widerlegung jener abschätzigen Kritik.

— **Schweiz. Gymnasiallehrerverein.** An der Versammlung des schweizerischen Gymnasiallehrervereins hielt Rektor Kühne aus Einsiedeln das Eröffnungswort. Er entwickelte in demselben eine historische Skizze über die Klosterschule in Einsiedeln und proklamierte die Freizügigkeit zwischen den Gymnasien.

Als nächster Versammlungsort wurde Baden bestimmt, zum Jahrespräsidenten wurde Direktor Arbenz (St. Gallen) gewählt. Pater Alb. Kuhn hielt einen Vortrag über den Anonymus Einsiedlensis.

— **Die schweizerischen Turnlehrer** haben als nächstjährigen Festort Glarus bezeichnet. Bezüglich der Anregung, eine Turnlehrer-Bildungsanstalt zu errichten, wurde folgende Resolution gefaßt: 1. Es ist eine gebieterische Pflicht, daß dem Turnunterricht an den Seminarien mehr Zeit zugewendet werde. 2. Es sollen vom Bund periodisch Fortbildungskurse für Seminar- und Sekundar-Lehrer angeordnet werden. 3. Das eidgenössische Militär-Departement wird ersucht, die eidgenössische Turnkommission zu beauftragen, die Frage einer schweizerischen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu prüfen.

In die Redaktion der „Monatsblätter für Schulturnen“ tritt Wäffler in Aarau ein.

— **Anarchisten.** Die linksstehende Presse macht sich über den Bundesanwalt lustig, weil unter den ausgewiesenen Anarchisten sich einer befindet, der nie in der Schweiz war, einer, der seit 1½ Jahren nicht mehr in der Schweiz, einer, der schon 1½ Jahre tot ist, einer, der seit zwei Jahren in Neapel lebt.

Das ist doch bei dieser Klasse, die sich vielfach falscher Namen und Schriften bedient, sehr leicht möglich; die Hauptsache ist, daß der Schweizerboden einmal gesäubert wird.

Ein dummes und gemeines Pamphlet gegen die Bundesbehörden ist in Zürich aufgeflattert; das „Jos. Tgbl.“ nennt den Anarchisten Sanftleben als Verfasser.

— **Anarchisten.** Ausgewiesen werden ferner: 1. Fraschini Mauro von Pizzighettone (Italien), geb. 1869, Mechaniker; 2. Maccarinelli Angelo von Brescia, geb. 1862, Schuhmacher; 3. Radi Adolf, geb. 1870 zu Montemaggiore al